Neue Politische Literatur (2024) 69:278–280
https://doi.org/10.1007/s42520-024-00597-9

REZENSION

Epochenübergreifende Studien

Bingham, Adrian: United Kingdom (Polity Histories), 256 S., Polity, Cambridge u. a. 2022.

Andreas Gestrich

Angenommen: 24. Juli 2024 / Online publiziert: 30. Juli 2024
© The Author(s) 2024

Adrian Binghams knapper Überblick über die Zeitgeschichte des Vereinigten Königreichs seit 1945 folgt nicht der Chronologie, sondern setzt sechs inhaltliche Schwerpunkte. Von der Makro- zur Mikroebene, von den globalen Verflechtungen zu Formen der individuellen Selbstsorge schreitend, zeigt Bingham eine beeindruckende Fähigkeit, komplexe Sachverhalte und Prozesse überzeugend zu komprimieren. Es ist zugleich ein politisches Buch. Bingham schreibt für eine breitere Leserschaft und will den besonders im Kontext der Brexit-Debatten kursierenden, vereinfachenden Narrativen zur jüngeren Geschichte des *United Kingdom* (UK) eine komplexere Darstellung der verschiedenen Ebenen, Formen und Geschwindigkeiten des Wandels entgegensetzen.

1962 bemerkte Dean Acheson, vormals US-amerikanischer *Secretary of State*, dass das UK ein Empire verloren, aber noch keine neue Rolle gefunden habe. Den schwierigen Prozess dieser Suche analysiert Bingham in seinem ersten Kapitel. Durch zwei Weltkriege finanziell ausgeblutet, war eigentlich unübersehbar, dass das Vereinigte Königreich den Herausforderungen seines früheren Weltmachtstatus nicht mehr gewachsen war. Dennoch investierte man nach 1945 massiv in Atom- und andere Rüstungsprogramme (10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis in die frühen 1950er Jahre), um den Großmachtstatus zu erhalten. Bingham übernimmt David Edgertons These vom britischen „Warefare State“, der gegen die Ansicht eines schon nach dem Ersten Weltkrieg einsetzenden wirtschaftlich-technologischen *decline* die Fortdauer eines bedeutenden militärisch-industriellen Komplexes (Atombombe, Luftfahrt *et cetera*) betont hat. Spätestens mit dem Suez-Desaster 1956 wurde jedoch klar, dass das UK ohne Zustimmung der USA keine größeren geopolitischen Interventionen mehr tätigen konnte. Acheson sah den britischen Beitrittsantrag zur

✉ Andreas Gestrich
Universität Trier, Trier, Deutschland
E-Mail: gestrich@uni-trier.de

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1961 daher als Schritt in die richtige Richtung. Diesen lehnten aber bekanntlich nicht nur der französische Staatspräsident Charles de Gaulle, sondern auch viele Briten in beiden Parteien ab. Nach dem dann erfolgten Beitritt 1973 hätten laut Bingham weder die Politik noch die Medien noch die Wissenschaft überzeugende Narrative zu einer zukünftigen Rolle des UK als europäische Macht entwickelt. Traditionelle, sich vielfach auf den Zweiten Weltkrieg zurückbeziehende Selbstbilder seien deshalb in Politik und Gesellschaft weiterhin einflussreich.

Die politisch-militärische Überforderung hatte auch wirtschaftliche Konsequenzen. Die britische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war dominiert vom Vertrauen auf den aktiven, planenden Staat. Seit den Krisen der 1960er und 1970er Jahre wurde jedoch deutlich, dass die Phase des zunehmenden Wohlstands weniger eine Folge guter Planung, sondern der günstigen globalen Nachkriegskonjunktur war. Das weltweite Abebben der Planungseuphorie ermöglichte Premierministerin Margaret Thatcher nun ihr politisches Projekt eines neoliberalen Frontalangriffs auf Staatsintervention und Gewerkschaften. Bingham geht nicht auf die Debatten ein, die sich in den letzten Jahren um Thatchers Regierungszeit (zum Beispiel zu „Thatcherism before Thatcher") entfaltet haben. Unumstritten ist, dass weder die Reprivatisierung der in der Nachkriegszeit verstaatlichten Industrien (Stahl, Gas *et cetera*) noch die Deregulierung der Finanzmärkte 1986 die von Thatcher intendierte Rückkehr zur alten Wirtschaftsdynamik, sondern eine deutliche Zunahme regionaler und sozialer Ungleichheit zur Folge hatten. Dies war zugleich ein globaler Trend. Vergleichende Zahlen wären hier auch für eine breitere Leserschaft nützlich gewesen.

Im nächsten Kapitel über den Wohlfahrtsstaat schildert Bingham zunächst prägnant die Entstehung und Umsetzung des Beveridge-Plans aus den Visionen für eine bessere Nachkriegsgesellschaft. Die finanziellen Grenzen staatlicher Wohlfahrtspolitik wurden im Vereinigten Königreich jedoch besonders früh deutlich. Bei allen Eingriffen wagte sich auch die Thatcher-Regierung dennoch nicht an eine konsequente Demontage der sozialen Sicherung. Vor allem der *National Health Service* blieb weitgehend intakt – trotz radikaler Rhetorik in Boulevardpresse und konservativer Partei gegen ‚Sozialschmarotzer' und ‚Wohlfahrts'-Immigration. Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit im UK machte sich gerade in diesem Kontext schon früh bemerkbar.

Die fehlende Vision für zukünftige politische Strukturen belastete nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenpolitik. Im vierten Kapitel beschreibt Bingham den Aufstieg von politischen Unabhängigkeitsparteien in Schottland und Wales sowie die Zuspitzung der ‚*Troubles*' in Nordirland. Zugleich setzt er diese Bewegungen in den Kontext des globalen Aufstiegs von Unabhängigkeitsbewegungen und eines zunehmend kritischeren Blicks auf das Empire. Dies kommt auch im fünften Abschnitt über soziale Bewegungen noch einmal zur Sprache, in dem Bingham neben feministischen und LGBTQ+-Bewegungen auf die Entfaltung von antirassistischen Initiativen im Kontext von Empire-Kritik und weit verbreiteter Ausländerfeindlichkeit eingeht. Eingebettet ist dies in eine Analyse zurückgehender Parteimitgliedschaft und instabileren Wahlverhaltens. Soziale Bewegungen waren besonders wirksam beim Infragestellen überkommener politischer und sozialer Praktiken und beim Entwurf neuer Zukunftserwartungen.

Der letzte Abschnitt gilt der Selbstsorge der Individuen. Neben dem dramatischen Rückgang des Christentums und dem Aufstieg anderer Religionsgemeinschaften behandelt Bingham darunter auch die Durchsetzung einer pluralistischen Wohlstands- und Konsumgesellschaft, die sich seit 1945 deutlich gewandelt hat. Zwar bestehen hohe soziale und regionale Ungleichheiten, aber heute gibt es auch ein viel durchlässigeres Bildungssystem, einen außerordentlich hohen Anteil an Immobilienbesitz (in 71 Prozent aller Haushalte) und neue Möglichkeiten individueller Lebensgestaltung.

Adrian Bingham ist es in seinem elegant geschriebenen Buch hervorragend gelungen, die Entwicklungsdynamiken der unterschiedlichen sozialen und politischen Felder zu analysieren und dabei zugleich verschiedene Formen politischer Macht kenntlich zu machen. Es bietet einen rundum empfehlenswerten Überblick über die Zeitgeschichte des Vereinigten Königreichs.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.